

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich zusätzlich Zustellgebühr Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin SW 10, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 404 60 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 323 A

BERLIN • Mittwoch, den 15. Februar 1933

2. JAHRGANG

# Einheitsfrontarbeit trotz Sozialistengesetz.



Hk. Die Reaktion nimmt durch ihre Repressalien eine Auslese innerhalb der Arbeiterbewegung

vor: die aktive Teilnahme an der Arbeiterbewegung erfordert ein von Woche zu Woche zunehmendes Maß an Entschlossenheit, Aufmerksamkeit, Fleiß und Klugheit. Diejenigen, die diese Eigenschaften in zu geringem Maße aufbieten, fallen infolge der Erschwerung aktiver Arbeit für den Sozialismus praktisch heraus aus der

Arbeiterbewegung.

Es wird eine Probe auf die politische Erziehungsarbeit sein, die von den großen Arbeiterorganisationen an den Massen geleistet oder aber zu leisten vermocht worden ist, wieviele Genossen nach diesem Aussichtsungsprozeß einen Platz in der aktiven Arbeiterbewegung behaupten.

Die Repressalien sind auf dem Gebiet der Versammlungen bereits so weit fortgeschritten, daß eine öffentliche Verständigung der Arbeiter über ihre Tagespolitik weitgehend unterbunden ist. Am Montag hatte der ISK in Berlin zu einer

öffentlichen Versammlung über das Thema:

„Wir organisieren die Einheitsfront!“

aufgerufen. Die Versammlung war so angelegt, daß sie selber einen organisatorischen Schritt zur Verwirklichung der Einheitsfront daretellen sollte:

führende Genossen aus den verschiedensten Arbeiterorganisationen sollten an einen Tisch gebracht werden, um vor den versammelten Arbeitern darüber Rechenschaft abzulegen, was sie zur Aufgabe der Einheitsfront positiv zu sagen und vorzuschlagen hatten.

Zu dieser Diskussion waren erschienen: Genosse Bolze für die KPD-O, Genossin Hodann für den ISK, Genosse Urbahn für den Lenin-Bund, Genosse Hippel für die Trotzki-Gruppe, Genosse August Siemsen hatte telefonisch sein verspätetes Erscheinen angekündigt, um für die SAP zu sprechen. Der Gewerkschafter Karl Emonts war da, der aber nicht auch als Sprecher für die SPD gelten kann, sondern ausdrücklich nur seine eigene Meinung vertreten wollte. Offizielle Vertreter waren von der SPD und KPD diesmal noch nicht geschickt worden, obwohl diese Parteien eingeladen worden waren, sich an der Diskussion zu beteiligen. Auf Anfrage meldete sich aus der Versammlung ein Kommunist, der für seine Partei „inoffiziell“ reden wollte.

Aber es kam nicht zur Diskussion; die Polizei ließ es nicht zu.

Das sehr vorsichtig formulierte und Wort für Wort sowohl für Polizeiohren als auch für aufmerksame Arbeiterohren abgewogene Referat von Fritz Grob (ISK) passierte die Zensur ohne Zwischenfall. Aber nach den ersten Sätzen des ersten Diskussionsredners, Emonts, wurde die Versammlung aufgelöst.

Weil die Arbeiterschaft trotz der herrschenden Polizeischikanen auf dem Gebiet der öffentlichen Versammlungen nicht kapitulieren sollte, solange ihr hier noch eine kleine Möglichkeit verbleibt, um die dringend notwendige Selbstverständigung auch in solchen Versammlungen zu betreiben, deswegen

ist es nützlich, zur Kenntnis zu nehmen, welche Worte der Polizei für die Auflösung einer Arbeiterversammlung heute genügen.

Emonts, der Bankangestellter ist, sagte etwa: „Stellen Sie sich vergleichsweise (!) die deutsche Republik als ein Geschäftsunternehmen vor, als eine Aktiengesellschaft etwa, dann wäre (!) der Herr Reichspräsident von Hindenburg der Aufsichtsratsvorsitzende dieser Aktiengesellschaft...“ Hier löste der Polizeioffizier auf. Unter dem Gesang der „Internationale“ gingen die aufgetragenen Genossen aus dem Saal.

### Was lernen wir hieraus?

Erstens sollte niemand in einer Arbeiterversammlung sprechen, ohne sich vorher folgende vier Bedingungen ein-

## Moskau über die Einheitsfront-Aufgaben.

Wie der „Vorwärts“ berichtet, hat der Moskauer Sender über die Stellung der russischen Kommunisten zur Frage der Einheitsfront etwa folgendes gesagt:

„Die Einheitsfront sei in Deutschland eine Frage zunächst einmal der Überwindung gegenseitigen Mißtrauens. Nun fragte der Redner, ob Kompromisse im allgemeinen mit der kommunistischen Ideologie zu vereinbaren seien: im Grunde genommen nein. Denn niemals könne der Kommunismus denselben Weg gehen wie die Sozialdemokratie, und niemals können die politischen Linien der beiden Parteien dieselben sein. Aber tatsächlich sei die Lage in Deutschland augenblicklich so, daß man von einem Sonderzustand sprechen könne, der besondere Gesetze schaffe. Italien sei das abschreckende Beispiel, und wenn die Aktionsfähigkeit der Arbeiter im entscheidenden Augenblick gehoben werden könne, dann seien selbst Kompromisse rein aktueller Art und auf bestimmte Zeit beschränkt — eine dringende Notwendigkeit. Die Lage in Deutschland sei eben heute so, daß für die KPD vielleicht auch besondere Bestimmungen gelten könnten. Daß die Einheitsfront geschaffen werden müsse, sei klar. Es frage sich nur, welcher Weg dazu der beste und vor allen Dingen der schnellste sei.“

Diese Behandlung der Frage durch die russischen Genossen ist jedenfalls nach den bisherigen Erörterungen, die wir und andere mit Kommunisten gepflogen haben, ein erheblicher Fortschritt. Bisher war Italien immer nicht so sehr das abschreckende Beispiel als vielmehr das Land, das eben doch ganz anders sei als Deutschland mit seiner „intelligenten Arbeiterschaft“ und seinem „unzermürbten Proletariat“.

Selbstverständlich hat der kommunistische Sprecher völlig recht, und niemand hat das auch bisher anders behauptet, wenn er meint, daß die heute möglichen Kompromisse nur solche rein aktueller Art sein könnten. Nur kommt es darauf an, sich zu beilegen; denn wenn die Arbeiterschaft erst vernichtet ist, dann sind Diskussionen über die Einheitsfront nicht mehr aktuell. Seit Jahren hat die kommunistische und die sozialdemokratische Politik darin bestanden, immer nach

## AUS DEM INHALT:

**Landbund fordert Hochverrat.  
Die blutige Rüstungs-Internationale.  
Faschistischer Mordzug.  
Die Fabrik der öffentlichen Meinung.  
Der kapitalistische Sumpf.  
Lebenshaltung in der Krise.  
Der irische Streik.**

einigen Monaten den Schritt zu tun, der gerade vor dieser Zeit notwendig gewesen wäre. Wenn der kommunistische Sprecher am Rundfunk vor einem halben Jahr so gesprochen hätte, und wenn der „Vorwärts“ seine, wenn auch zahmen Artikel zur Einheitsfront dann zur selben Zeit geschrieben hätte, könnte die Arbeiterschaft heute vielleicht noch manches tun, wozu sie infolge des Tempoverlustes gegenüber der nationalsozialistischen Hetzarbeit im Augenblick nicht fähig ist. Der Moskauer Sprecher sagt, es frage sich nur, welcher Weg der beste und vor allen Dingen der schnellste sei.

Das fragt sich heut nicht mehr.

Der beste und auch der schnellste Weg ist der, daß die führenden Politiker der großen Arbeiterorganisationen verabreden, einen gemeinsamen Ausschuß zu bilden zur Wahrung der Rechte der Arbeiterschaft gegenüber dem Faschismus. Für diesen Ausschuß ergibt sich

somit eine aktuelle Aufgabe für den Reichstag, der am 5. März gewählt werden soll, eine gemeinsame Arbeiterliste aufzustellen, die erstens nicht so leicht verboten werden kann wie die kommunistische Partei für sich, und die zweitens, wenn sie verboten wird, die Arbeiterschaft nicht zertrümmert, sondern zusammengehämmert.

## Die Finanzvorlage in der Kammer angenommen.

Nach 37 stündiger Dauersitzung.

Nach einer Sitzung, die fast ohne Unterbrechung 37 Stunden dauerte und damit in bezug auf Länge alle während der Dritten Republik aufgestellten Rekorde übertraf, hat die französische Kammer mit 359 gegen 235 Stimmen die Finanzvorlage der Regierung angenommen. In der Kammer ist es also gelungen, sowohl die Krisensteuer als auch die Kürzung der Militärausgaben zur Annahme zu bringen. Es ist allerdings noch nicht gesagt, ob

geprägt zu haben, die nach der geltenden Notverordnung für die Auflösung einer Versammlung hinreichen:

1. Aufforderung zum Ungehorsam gegen gesetzliche Bestimmungen oder behördliche Anordnungen; hierhin gehört nach der geltenden Praxis jede auch versteckte Aufforderung zum Streik in lebenswichtigen Betrieben, praktisch also zum Streik überhaupt.
2. Jede Kritik an Behörden, leitenden Staatsbeamten und Staatseinrichtungen, die von einem ängstlichen Polizeioffizier als „Verächtlichmachung“ gedeutet werden könnte.
3. Jede ähnliche Kritik an den Kirchen.
4. Anreizung zu Gewalttätigkeiten.

Man kann hiernach sagen, daß man über die Verhältnisse im Lager des Klassegegners (soweit er beamtet ist!) und über den Kampf im einzelnen, der geführt werden soll, wenn erst die Einheitsfront organisatorisch verwirklicht ist, kaum mehr öffentlich sprechen kann.

Man kann aber einstweilen noch reden über die Schritte, durch die wir auf die zentrale Organisation der Einheitsfront hinarbeiten können. Also ist es ein einfaches

der Regierung der gleiche Erfolg auch im Senat beschieden sein wird.

Die Beamtengewerkschaften sind mit der Krisensteuer, wie sie in der Kammer jetzt beschlossen worden ist, nicht zufrieden. Sie haben beschlossen, von den Protestmaßnahmen Gebrauch zu machen, über die sie sich bei ihrer Novembertagung geeinigt haben. Angesichts der Tatsache, daß die Sozialisten in der Kammer für diesen Artikel gestimmt haben, ist dieser Beschluß besonders bemerkenswert. Bekanntlich ist es zur Zustimmung der Sozialisten in der Kammer nur dadurch gekommen, daß Blum, der gegen diese Art der Steuer war, von dem rechten Flügel seiner Partei überstimmt worden ist.

Gebot der Klugheit, die zur Zeit noch verbliebene Redefreiheit zur Erörterung dieses so wie so wichtigsten tagespolitischen Problems auszunutzen

und sich anderer Ausführungen zu enthalten.

Dieses wichtigsten tagespolitischen Problems! Genosse Grob erläuterte in seinem Referat die Wichtigkeit dieser Aufgabe an dem nächsten Schritt, der in dem „Dringenden Appell“ gefordert wird:

mit gemeinsamen Kandidatenlisten der SPD und KPD in den Wahlkampf zu gehen.

Eine so legale Aufgabe, daß es vielen (politisch verbildeten) kommunistischen und sozialdemokratischen Genossen zum Sterben langweilig vorkommt, sich um diese Aufgabe zu bemühen! Ihre Bedeutung wurde von Grob aber gerade unter dem Gesichtspunkt betont, daß die Arbeiterbewegung weiter stückweise in die Illegalität hineingestoßen wird. Grob wies auf das drohende KP-Verbot hin. Es wäre unverantwortlicher Leichtsin, zu hoffen, daß ein Verbot der KP die einheitliche Kampffront der Arbeiterschaft ohne weiteres schaffen wird. In einem solchen Fall kann vielmehr eine

# Die Schuldigen am nächsten Krieg.

## Für die „Freiheit der Meere“ und der Rüstungsindustrie.

Die Britische Admiralität hat auf Grund des Kriegesflottenprogramms von 1931 folgende Beiträge zur Ankerbauung der Schiffswerften gebracht:

Bestellungen wurden vorgeben auf 3 große Kreuzer, 1 Geschwaderführerschiff, 8 Torpedobootzerstörer, 3 U-Boote, 4 Schaluppen, 2 Kanonenboote, 1 Zerstörer-mutterschiff, 1 Hafenverteidiger, 2 Tender für U-Boot-Stationen. Ferner wurde angekündigt, daß auf Grund des Programms von 1932 demnächst u. a. 3 Kreuzer und weitere Zerstörer und Schaluppen bestellt werden würden.

### „Das alles ist mir viel zu wenig . . .“

Der „Daily Telegraph“, der besonders in bezug auf den Britischen Generalstab gewöhnlich gut informiert ist, teilt mit, daß demnächst eine erhebliche Erhöhung der britischen Seestreitkräfte erforderlich sein werde, wenn die Abrüstungskonferenz nicht zu greifbaren Herabsetzungen der Flotten führen würde; denn in modernen Kreuzern seien Amerika und Japan England überlegen (was für Großbritannien, das sich zum Polizisten der „Freiheit der Meere“ ausgerufen hat, natürlich unerträglich ist!).

Englands Zerstörer- und Unterseebotsflotte stehe an fünfter Stelle. Das englische Flottenpersonal sei um 27 000 Mann geringer als das amerikanische und um nur 3000 größer als das japanische. Die in zehnjähriger langer einseitiger Abrüstung entstandenen Lücken ließen sich bis zum Jahre 1936 natürlich nicht auffüllen. Es sei sicher, daß die Admiralität einer Erneuerung der Flotten vorträge nicht zustimmen könne, wenn sie nicht ganz erheblich abgeändert werden.

In englischen Marinekreisen betrachte man folgende Maßnahmen als unerlässlich für die Erhaltung von Englands Sicherheit:

1. Ersatz der veralteten Linienschiffe durch neue von 25 000 Tonnen Wasserverdrängung mit mäßiger Geschwindigkeit, schwerer Panzerung und mit einer Bestückung von acht 34 cm-Geschützen.

2. Vermehrung der Kreuzer um mindestens 25 Prozent und deren Bestückung mit Geschützen mit einem Kaliber von mehr als 15 cm, falls die anderen Mächte an dem schweren Geschütztyp festhalten.

## Das belagerte Rumänien.

In Klausenburg brachten etwa 2000 Eisenbahnarbeiter vor dem Gebäude der Eisenbahndirektion ihre Forderungen vor und unterbrachen zur Unterstützung der Demonstration die Telefonleitungen. Daraufhin begannen Verhandlungen zwischen der Gesellschaft und den Arbeitern. Wenn es dabei zu keiner Einigkeit kommt, beabsichtigt die Regierung, der Ansicht der Gesellschaft mit Hilfe des „Belagerungs“-Zustandes Nachdruck zu verleihen.

Die Aufständischen der „Zeven Provinzen“ sind auf der kleinen Insel Onrust in der Nähe von Batavia gefangen gesetzt worden. Es handelt sich um 150 Eingeborene und 32 Europäer. Die Insel ist vom Verkehr mit der Außenwelt vollkommen abgeschnitten. Den Gefangenen droht ein Kriegsgericht; auch die Offiziere des Schiffes sollen zum Teil vor das Kriegsgericht gestellt werden, da sie ihre Pflicht nicht erfüllt haben. Die Gehorsamsverweigerungen auf der holländischen Marine sind durch diese Repräsentationen nicht erledigt, in Surabaya wurden noch am vergangenen Sonntagabend Matrosen wegen Gehorsamsverweigerung verhaftet.

## Inland und Ausland.

Hitler hat dem englischen Oberst Etherton ein Interview gegeben, das im „Sunday Express“ und im „Matin“ abgedruckt worden ist. Dieses Interview hat merkwürdige

Hasse gegen die Juden zu erfüllen. Wenn er Gewalt über die Juden hätte, bemerkte er, würde er ihre Gelehrten und Besten versammeln und ihnen mit der Androhung: „ihre Zungen hinten am Halse herauszuschneiden, den Beweis (!) auflegen, daß das Christentum einen einzigen Gott, und nicht drei Götter lehre“. Luther hetzte geradezu die Raubritter gegen die Juden. Er habe gehört, daß ein reicher Jude mit zwölf Pferden durch Deutschland reise, nämlich der reiche Michel. Wenn nun die Fürsten ihm und seinen Glaubensgenossen nicht die Straße verlegen wollten, so möge sich Reiterei wider sie sammeln, weil die Christen aus seinem Büchlein erfahren würden, wie verworfen das jüdische Volk sei.

Noch kurz vor seinem Ende ermahnte er seine Zuhörer in einer Predigt, die Juden zu vertreiben: „Ueber das andere habt ihr auch noch die Juden im Lande, die großen Schaden tun. . . . Wiewohl ich Sorge trage, das jüdische Blut sei nunmehr wärrig und wild geworden, sollt ihr ihnen ernstlich anbieten, daß sie sich taufen lassen — wo nicht, so wollen wir sie nicht leiden. Nun ist mit den Juden also getan, daß sie unsern Herrn nur täglich lästern und schänden — drum sollt ihr sie nicht leiden, sondern wegtreiben. — Wenn sie uns könnten alle töten, so täten sie es gerne und tun es auch oft, sonderlich, die sich für Aerzte ausgeben; so können sie auch die Arznei, die man in Deutschland kann, da man einem Gift beibringt, davon er in einer Stunde, — ja, in zehn oder zwanzig Jahren sterben muß, die Kunst können sie. — Das habe ich als Landkind euch nur wollen sagen zur Letzten — wollen sich die Juden nicht bekehren, so wollen wir sie auch bei uns nicht dulden, noch leiden.“

Nach diesen Proben ist es verständlich, daß Arthur Dinter bei Luther die Quellen findet, aus denen er sein „Geistchristentum“ schöpfen möchte, um damit die Deutschen gegen „Sünden wider das Blut“ immun zu machen.

Die Angaben über Luther entnehmen wir dem Buch „Das Wesen des Antisemitismus“ von Heinrich Graf Coudenhove-Kalergi, dem Vater des Pan-Europa-Vorkämpfers. Das Buch erschien zuerst im Jahre 1901 und ist jetzt neu herausgegeben worden. (Panuropa-Verlag, Wien.) Es bringt eine umfangreiche, besonders historische sehr interessante Zusammenstellung von Tatsachenmaterial.

3. Ein festes Jahresprogramm für den Bau von 12 bis 16 Zerstörern auf die Dauer von mehreren Jahren sowie für den Bau von großen Zerstörern, die ein Gegengewicht gegen die ausländischen „Westentaschenkreuzer“ sein sollen.

4. Eine Vermehrung des Personals um mindestens 10 000 Mann.

Das ist also das britische Programm zum neuen Wettrennen, da das „Rüstungsfeierjahr“ am 28. Februar abläuft.

## „Jugendertüchtigung“ auch in Norwegen.

Im norwegischen Storting wurde mit 92 Stimmen fast aller Bürgerlichen gegen 47 Stimmen der Arbeiterpartei eine Regierungsvorlage gebilligt, wodurch die freiwillige Jugendwehr „Ledingen“ staatlich anerkannt und finanziell unterstützt wird. Die Jugendwehr dient zur Vorbereitung von Jugendlichen über 18 Jahre zum Militärdienst. Die Ausbildung der Mitglieder darf sich nicht auf den „Schießsport“ erstrecken.

## Opfer des nächsten Krieges.

In der Nähe von Krakau stürzte ein polnisches Militärflugzeug ab. Einer der Flieger ist bereits an seinen Verletzungen gestorben, der zweite konnte mit schweren Verletzungen geborgen werden.

## Auch Italien deckt geheime Waffentransporte auf.

Da die Kleine Entente sich so überaus für die Hirtenberger Waffenaffaire interessiert, was Mussolini nicht sehr angenehm sein kann, hat er sich seinerseits daran gemacht, Waffentransporte von den tschechischen Skodawerken über Rumänien nach Jugoslawien aufzudecken. Zwar ist es weder verboten, Waffen durch Rumänien zu transportieren, noch wird Jugoslawien durch irgendwelche Verträge an der Afrüstung behindert. Trotzdem wird über den angeblichen Transport von 240 Kanonen sehr geheimnisvoll berichtet, das den Transport überwachende tschechische Personal habe nicht einmal den Eisenbahnbeamten den Zutritt zu den Waggons gestattet.

Es besteht selbstverständlich kein Zweifel darüber, daß angesichts der gegenwärtigen Kriegshetze zwischen Italien und Jugoslawien auch die Mittel gesichert werden, mit denen die Saat geerntet werden kann.

Begleitumstände gehabt. Es wurde von Hitler dementiert, und zwar zunächst dahin, daß er es dem englischen Oberst für die „Daily Mail“ oder die ihr angeschlossenen Zeitungen übergeben habe, während es unbegreiflicher Weise im „Sunday Express“, einem Konkurrenzblatt der „Daily Mail“ erschienen sei.

Abgesehen von diesem formalen Dementi wird auch der Inhalt des Interviews dahingehend dementiert, daß der veröffentlichte Inhalt nicht mit den Erklärungen übereinstimme, die Hitler dem englischen Obersten, und zwar schriftlich, übergeben habe. Was in dem Interview abgedruckt wird, sind im wesentlichen die wirklichen Forderungen der nationalistischen Presse, wengleich Hitler natürlich nicht verpflichtet ist, diese Forderungen auch dem Ausland gegenüber zu vertreten, was er, wie gesagt, auch nicht getan haben will. Für Außenstehende interessant ist jedenfalls, daß zwischen den nationalistischen Forderungen für den Gebrauch im Inland und im Ausland schon immer ein erheblicher Unterschied bestanden hat. So hat in dem gedruckten englischen Interview z. B. der Satz gestanden, der Hitler zugeschrieben wird: „Lassen Sie mich mit den Worten schließen, daß ich mit ganzem Herzen mit England für den Weltfrieden zusammenarbeiten möchte und niemanden beleidigen möchte, wenn ich es irgend wie vermeiden kann.“

Natürlich ist dieser Satz für sich betrachtet durchaus nicht zu beanstanden, nur wird er weder von der TU mit wiedergegeben, noch wird er von Hitler dementiert. Wie Goebbels diese „pazifistische“ Äußerung seines Führers im „Angriff“ (also für das Inland!) bewerten soll, bleibt eine Frage.

gefährliche Verwirrung in der Arbeiterschaft eintreten. Diese Erwägung nötigt uns,

die organisatorischen Vorbereitungen für die einheitliche Kampffront rechtzeitig, also vor einem Verbot der KPD zu treffen.

Deswegen ist der Zusammenschluß in diesem Wahlkampf so besonders wichtig. Dazu kommt der Auftrieb, den die Kampfkraft der Arbeiter durch einen derartigen Zusammenschluß erfahren würde.

Grob sprach eindringlich zu solchen Kommunisten, die glauben, den Führern der verderblichen reformistischen Politik nicht einmal in einer organisatorischen Vereinbarung von Kampfmaßnahmen einen kleinen Finger reichen zu dürfen. Grobs Antwort an diese Kommunisten: Ihr sitzt nicht in sicherer Lage, von der aus ihr dem Schauspiel des Bankrotts der reformistischen Politik als Unbeteiligte zuschauen könntet. Dieses Schauspiel vollzieht sich infolge der Mißerfolge der kommunistischen Politik nicht so rasch, wie die Gefahr für die Existenz der Arbeiterbewegung wächst.

Die Mißerfolge der kommunistischen Politik treten deutlich hervor an den Ereignissen des 20. Juli 1932 und des 30. Januar 1933 (Hitlers Regierungsantritt). Diese Ereignisse zeigten, daß die KPD nach wie vor in Betrieben und Gewerkschaften isoliert ist.

Heraus aus dieser Isolierung! — das sollte für die KPD Richtschnur sein. Deswegen sollte sie endlich auf die Aufstellung von Sonderlisten bei den Wahlen in den Betrieben verzichten.

Gibt sie die Isolierungspolitik auf, dann hat sie ein ungeheures Druckmittel auf den sozialdemokratisch kontrollierten Block in der Hand: so weit ist nämlich der Bankrott der reformistischen Politik wirklich ausgereift, daß die SPD einem sachlichen und aufrichtigen Spitzenangebot zum gemeinsamen Kampf nicht mehr ausweichen könnte, ohne sich ihrerseits von den Massen zu isolieren. —

Grobs Ausführungen, schmucklos und für Polizeiohren langweilig vorgetragen, waren für politisch aufmerksame Genossen interessant und wurden von der sehr gut besuchten Versammlung auch aufmerksam aufgenommen. Die ganze Rede war von (infolge des Polizeidrucks gedämpften) Äußerungen des Verständnisses der Genossen begleitet, gerade auch bei solchen „Zumutungen“, wie dem Verzicht auf Rote Betriebslisten.

## „Nationalversammlung“ der IMRO.

Die mazedonisch-faschistische IMRO veranstaltete in Gorla Tschumuja die „erste mazedonische Nationalversammlung“, an der etwa 10 000 Vertreter der griechischen, bulgarischen und jugoslawischen Teile Mazedoniens anwesend waren. Die Versammlung forderte die Schaffung eines mazedonischen Staates, in dem die drei Teile Mazedoniens vereinigt würden. Einen besonderen Haß hegt die IMRO — vor allem in Bulgarien — gegen die Belgrader Regierung. Mazedonien könne mit Belgrad — so hieß es — überhaupt nur mit Bomben und Gewehren verhandeln (die auch sonst die einzigen Mittel sind, die die IMRO im Verkehr mit ihren Feinden benutzt). Auch künftighin würde die IMRO allen Bedrückern mit Waffengewalt begegnen. Der bulgarischen Regierung — die, wenn es sich um Attentate der IMRO handelt, stets nachsichtig ist — wurde ebenfalls der Kampf angesagt, da sie angeblich Jugoslawien zu freundlich begegne.

Es ist das erste Mal, daß die IMRO, die eine illegale Organisation ist, öffentlich auftritt und die Errichtung eines mazedonischen Staates fordert. Der Kongreß wurde von einer Abordnung der kroatischen Bauernbewegung begrüßt, die durch den Kampf gegen das Belgrader Regime mit den Mazedoniern verbunden ist.

## Kommunistenverfolgung in den USA.

In Detroit entdeckte die Polizei eine kommunistische Zentralstelle, in der sie angeblich Anweisungen aus Rußland gefunden hat, die sich auf die Streiks in der Automobilindustrie beziehen. Zwei kommunistische Funktionäre und eine Frau wurden verhaftet.

## Wir stellen vor: Herrn Dr. Martin Luther.

K. H. Daß die evangelischen Pastoren in vielen Fällen eifrig Nazi-Propaganda betreiben und die Judenhetze mit dem Evangelium der Nächstenliebe weitherzig vereinen, ist mehr als offenkundig. Weniger bekannt ist aber die Tatsache, daß bereits Martin Luther Antisemit gewesen ist.

In seiner Schrift „Von den Juden und ihren Lügen“, die in Wittenberg im Jahre 1543 erschien, bezeichnet er die Juden als Lügner und Bluthunde, giftige Ottern, hämische Schlangen, Teufelskinder, und zwar darum, weil sie die obristliche Deutung der Heiligen Schrift nicht anerkennen wollten. Er riet, daß man die Synagogen der Juden einäschern solle, „unserem Herrn und der Christenheit zu Ehren“; dann sollen die Christen die Häuser der Juden zerstören und diese unter ein Dach oder in einen Stall treiben, wie die Zigeuner. Alle Gebetbücher und Talmudexemplare, ja, selbst die Heilige Schrift des Alten Testaments sollte man ihnen mit Gewalt nehmen, und selbst das Beten und Ausprechen des göttlichen Namens sei ihnen bei Verlust des Leibes und Lebens verboten. Ihren Rabbinern sollte das Lehren untersagt werden. Die Obrigkeit sollte den Juden das Reisen verbieten und die Straßen verlegen; sie müßten zu Hause bleiben. Das Ausleihen von Darlehen gegen Zins sollte ihnen nicht bloß untersagt, sondern alle ihre Barschaft sollte ihnen abgenommen werden. Luther riet, damit einen Schatz anzulegen, und davon diejenigen Juden zu unterstützen, welche sich zum Christentum bekehren würden. Die starken Juden und Jüdinnen sollte die Obrigkeit zum Frondienst zwingen, sie streng anhalten, Flegel, Axt, Spaten, Roken und Spindel zu handhaben, damit sie ihr Brot im Schweiß des Angesichts verdienen und nicht in Faulenzerei, in Festen und Pomp verzehren. Die Christen sollten keine schwache Barmherzigkeit für die Juden haben: Dem Kaiser und den Fürsten redete Luther zu Herzen; sie mögen die Juden ohne weiteres aus dem Lande jagen, sie in ihr Vaterland gurtücktreiben. In der Voraussetzung aber, daß die Fürsten nicht eine solche Torheit begehen würden, ermahnte er die Pfarrer und Volklehrer, ihre Gemeinden mit giftigem

## Probe im Zirkus.

Vor den Toren der Stadt hat ein Zirkus sein Zelt aufgeschlagen. Mein Kind hat die Plakate gesehen und möchte die Tiere ansehen. Wir gehen in die Tierschau. Löwen, Affen, Kamele, Hunde, Elefanten, Bären und Kängurus sind in Käfigen eingeschlossen. In einem viel zu kleinen Käfig ein riesiger Berberlöwe. Auf vier Beinen kann er nicht in seinem Käfig gehen. Unruhig drückt er sich an den Wänden hin und her. Eisbären sind in einem Käfig mit Holzwole. Wie groß muß ihre Sehnsucht nach des Nordens eisigen Gewässern sein. Mir fällt eine Szene aus Svend Fleurans „Die gefesselte Wildnis“, ein. Da schwimmt ein Eisbär in einem Bassin des Zoologischen Gartens immer rundum und sucht einen Ausweg, bis er merkt, daß er gefangen ist, und aller Lebensmut in ihm erlöscht.

Im Zirkus ist Probe. Acht Löwen und ein Mann sind in der durch Eisenstäbe verschlossenen Arena. Der Mann bemüht sich, die Tiere in eine Reihe zu bringen. In der Hand hat er einen Dreizack und eine schwere Raubtierpeitsche. Die Löwen wollen nicht wie er will. Unaufhörlich sausen die Hiebe auf die Tiere. Mit den beiden Werkzeugen kommt er nicht aus. Durch die Stäbe reicht man ihm fünf Zentimeter dicke Stücke. Er hat sie bald auf den Tieren entzwei geschlagen. Er wird immer wütender. Er ist wilder als die Tiere. Schläge, Schläge, Schläge!

Neben mir sitzen ein kleiner Knabe und mein Kind. Beide sind 3½ Jahre alt. Die Kinder sind ganz erschrocken. Vor den Tieren haben sie keine Angst. Der Mensch blößt ihnen Schrecken ein. Dann löst sich bei ihnen die Sprache. „Die armen Tiere.“ „Der böse Mann soll nicht mehr schlagen.“ Sie machten Fäuste, dann haben sie genug, sie wollen fort, fort von diesem Ort des Schreckens, der Brutalität.

Abends werden die Menschen auf ihren Plätzen sitzen, unter Nervenkitzel die „Kunststücke“ der Tiere ansehen und sich keine Gedanken darüber machen, daß hier eine der schlimmsten Gemeinheiten gezeigt wird. Arme, gequälte Kreatur, die man mit List und Tücke aus ihren Lebensbezirken riß und der man mit Brutalität „Kunststücke“ beibrachte.

H. D.

„Vorwärts, und nicht vergessen, worin unsere Stärke besteht!“

E.M. Die auf Sonnabend von der Göttinger Arbeiterwehr einberufene öffentliche Versammlung mit dem Thema: „Die Aufgaben der Arbeiterklasse“ war gut besucht und vereinigte Arbeiter der verschiedensten politischen Organisationen und Richtungen.

Der Redner streifte in dem ersten Teil seiner Rede die Frage der Kriegsgefahr im Fernen Osten, die mit dem Antritt der derzeitigen Reichsregierung in noch bedenklichere Nähe gerückt ist, als sie ohnehin schon bestand, und fand allgemeine Zustimmung mit der Feststellung: Es liegt im Interesse der gesamten Arbeiterschaft — wo immer sie parteipolitisch stehen mag —, daß das Experiment in Sowjet-Rußland gelingt, weil damit die sozialistische Idee auf der ganzen Welt an Werkkraft ungeheuer gewinnen würde.

Zur Lage in Deutschland. Die Absichten der derzeitigen Reichsregierung wurden in ihrer ganzen Gefährlichkeit für die deutsche Arbeiterklasse, wie überhaupt für alle freiheitlichen Bestrebungen in Deutschland, enthüllt, wobei es der Redner verstand, soweit die politischen Notverordnungen es notwendig machen, „durch die Blume“ zu sprechen, ohne es deshalb an Eindeutigkeit oder Klarheit darüber, was zu tun ist, fehlen zu lassen. ... Es wäre falsch, aus all den Gegensätzen und Spannungen im Lager der Harzburger Front den Schluß zu ziehen, über kurz oder lang müsse die Harzburger Front auseinanderbrechen. Das Gegenteil stimmt viel eher, daß man noch fester als bisher zusammenwachsen wird, weil nämlich erstens alle Teilhaber an der Harzburger Front gleichmäßig an der Vernichtung des Marxismus interessiert sind, und zweitens trotz der vielen Gegensätze und Spannungen Einmütigkeit unter ihnen darin herrscht, daß der Marxismus nur in gemeinsamer Arbeit restlos vernichtet werden kann. (Wenn die Arbeiterschaft doch daraus endlich lernen wollte!) ... Jeder muß nach Kräften gegen die verbrecherische Stimmung ankämpfen, wo immer er kann, „der Traum werde bald vorüber sein“. Die Gefahr besteht sehr ernsthaft, daß Hitler und die Seinen sich so innig in den Staatsapparat hineinsetzen, daß sie mit keinen legalen Mitteln mehr hinausbefördert werden können. — Ebenso sehr hat unser Kampf in der täglichen Kleinarbeit der Stimmung zu gelten, nun ist es ja doch zu spät, diejenigen, die die Suppe eingebrockt haben, sollen sie nun ruhig einmal auslöffeln. Die Suppe haben eben leider nicht nur diejenigen auszulöffeln, die sie eingebrockt haben, sondern die hat die gesamte Arbeiterklasse, jeder Einzelne unter uns, auszulöffeln, und darauf sollten wir uns einstellen, eingedenk der Erkenntnis:

Das Proletariat in Deutschland ist stark genug, wir hier in Göttingen sind stark genug, jeden Angriff abzuwehren, wenn wir einheitlich vorgehen, wenn wir zusammen marschieren. ...

Wenn auch die gesamte Diskussion in durchaus sachlichen Bahnen verlief, so waren leider doch nicht alle Diskussionsredner gleichmäßig bemüht, Mittel und Wege zur wirksamen Einheitsfront der gesamten Arbeiterorganisationen aufzuzeigen und zu diskutieren.

So bestand zum Beispiel der kommunistische Redner nach wie vor darauf, daß es keine Stunde, keine Minute eine Einheitsfront der KP mit den sozialdemokratischen Führern geben könne, daß die KP sich hüten werde, falsche Illusionen in der Arbeiterschaft zu erwecken, indem sie sich mit den reformistischen Führern an einen Tisch setze. Jedoch, auch diese Versammlung, in der Arbeiter der verschiedensten Organisationen und politischen Richtungen vereinigt waren, war wieder einmal ein Beweis dafür, daß die KP die Stimmung in der deutschen Arbeiterschaft falsch einschätzt, wenn sie so denkt und handelt wie jener kommunistische Redner.

Einstimmig wurde folgende Resolution beschlossen: „Die von Arbeitern aller politischen Richtungen stark besuchte öffentliche Versammlung am 11. Februar 1933 im großen Saal des ‚Volksheims‘ ruft alle Arbeiter auf zur

ernsten Wachsamkeit gegen alle Bestrebungen, die Arbeiterklasse zu entrechten. Sie fordert alle Arbeiter auf, die Einheitsfront zu organisieren.

Die Versammlung begrüßt die vom Gewerkschaftskartell organisierte allgemeine Demonstration am Mittwoch, dem 15. Februar. In der Erwartung, daß diese Demonstration dem Gedanken der Einheitsfront aller Arbeiter dient und nicht für parteipolitische Zwecke mißbraucht wird, fordern wir die Arbeiter aller politischen Richtungen zur Teilnahme an dieser Demonstration auf und bitten um die Werbung für eine Massenbeteiligung.

Wir schlagen vor, die Demonstration unter den folgenden Losungen zu führen: Gegen faschistischen Mordterror, für den Sozialismus.

Wir fordern vom Gewerkschaftskartell die sofortige Einberufung einer Versammlung der Funktionäre aller Arbeiter-

organisationen, um dort die Möglichkeiten für eine gemeinsame Arbeit zu erörtern.“

So konnte man von dieser Versammlung die Zuversicht mit nach Hause nehmen: weiter in dem Sinne getrommelt und geworben, wie der ISK seit Jahren die Einheitsfront propagiert. Denn in der Arbeiterschaft ist der Boden ungeheuer aufgelockert, im Vergleich zu früheren Zeiten, wenn auch die Spitzen der Arbeiterorganisationen weitgehend noch abwartend, Gewehr bei Fuß, dastehen. — Letzten Endes kommt doch alles darauf an, wieviele es sind, die diesen Druck nach oben ausüben und wie konsequent und ausdauernd sie ihr Ziel verfolgen. Darum: „Vorwärts, und nicht vergessen, worin unsere Stärke besteht. Beim Hungern und beim Essen, vorwärts, und nicht vergessen: die Solidarität!“

In der Stunde höchster Gefahr.



Keine Arbeiterversammlung wird heute abgehalten, in der nicht auch die Frage der Einheitsfront erörtert wird. Immer mehr setzt sich die Erkenntnis von der ungeheuren Gefahr, in der die Arbeiterbewegung ist, durch, immer häufiger ertönt der Ruf nach einer gemeinsamen Abwehr dieser Gefahr.

Die Kasseler freigewerkschaftlichen Buchdrucker haben am 11. Februar folgende

Resolution einstimmig angenommen:

Die Mitgliedschaft des Bezirksvereins Kassel im VdDB richtet an die Vorstände aller gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der deutschen Arbeiterschaft erneut den dringenden Appell,

sich mit allem Nachdruck für eine geschlossene Abwehrfront des gesamten Proletariats einzusetzen.

In einer Zeit, wo die elementarsten Lebensinteressen der Arbeiterschaft durch den Faschismus bedroht sind, führen Sonderaktionen, gleichviel, von welcher Seite sie durchgeführt werden, nur zu einer weiteren Schwächung der Arbeiterschaft.

Das Lebensinteresse der Arbeiterschaft verlangt, daß alle parteipolitischen Meinungsstreitigkeiten zurückgestellt werden.

um eine geschlossene Phalanx der Arbeiterschaft herzustellen, die einzig und allein in der Lage ist, die brutalen Angriffe einer geeinten und zum Äußersten entschlossenen Reaktion abzuwehren. Darüber hinaus muß der

Kampf gegen ein erneutes Völkermorden und gegen die Faschisierung unserer Jugend

mit einer Entschiedenheit und den Mitteln, die den internationalen Gewerkschaften zu Gebote stehen und die auch schon erprobt sind, mit aller Energie aufgenommen werden.

Wenn in der Stunde der höchsten Gefahr eine Organisation nicht alles einsetzt, um die rein formalen Grundlagen ihrer Aufgaben und Ziele zu sichern, dann gibt sie sich selber auf und vernichtet darüber hinaus auch das Vertrauen und die Hoffnungen all derer, die an die menschenbefreienden Kräfte des Sozialismus glauben.

Die Resolution wurde gesandt an die Vorstände der SPD, KPD, SAP, des Deutschen Buchdruckerverbandes, des ADGB und des AFA-Bundes.

Freidenker zur Einheitsfront.

Die Unterbezirks-Konferenz des Deutschen Freidenker-Verbandes in Frankfurt a. M. beschäftigte sich am 12. Februar auch mit der Frage der Einheits-Front im kommenden

Wahlkampf. Nach einer Diskussion für und wider wurde eine Resolution angenommen, in der der Hauptvorstand des DFV aufgefordert wurde, auf die Vorstände der proletarischen Parteien dahingehend zu wirken, daß sie zum mindesten Listenverbindung eingehen, sofern keine gemeinsamen Listen aufgestellt würden.

Bedauerlich ist nur, daß es überhaupt einer Diskussion bedurfte, um dieser Resolution zur Annahme zu verhelfen. Immer wieder hemmt die alte Ungläubigkeit: „Das hat ja doch keinen Zweck!“ Wer schon mit diesem Pessimismus an eine Sache herangeht, wird natürlich nichts erreichen.

Immer und immer wieder gebohrt, jeder an seinem Platz, wo immer er nur Gelegenheit dazu hat — nur so werden die Führer der Arbeiterschaft zur Vernunft gebracht.

Einheitsdemonstration für gemeinsame Listen.

H.H. Die Freien Gewerkschaften Offenbachs hatten am Sonnabend in Offenbach zu einer Demonstration gegen den Faschismus aufgerufen. Alle Arbeiter-Organisationen, außer der KPD, beteiligten sich an dieser Demonstration. Obwohl die Demonstration ein guter Erfolg war und sicher auch einen guten Eindruck hinterließ, so hätte doch der Erfolg und der Eindruck bedeutend gewaltiger sein können, wenn sich die KP an dieser Demonstration beteiligt hätte. Was hielt die KP ab? Beim „Funken“-Verkauf tischten mir einige KP-Genossen wieder ihre alten Argumente gegen die SP auf: „Wie können wir mit Leipart und Konsorten eine Einheitsfront machen!“

Trotz der Sabotage der KP und der bitteren Kälte hatten sich doch Tausende von Genossen eingefunden, um gegen den Faschismus zu demonstrieren. Tausende standen noch abseits und sahen vom Straßenrand dem Zug zu, der überall freudig begrüßt wurde. — Einige Nazi-Gruppen, die die Demonstration durch ihre Tracht und ihre höhnischen Bemerkungen belästigten, wurden kurzerhand von den Demonstranten in die Seitenstraßen vertrieben.

Am Schluß der Demonstration sprach je ein Vertreter von der SAP, KP-O und von der SPD. Alle drei betonten eindringlich, daß es jetzt mehr denn je notwendig sei, geschlossen gegen den Faschismus zu marschieren. Der Genosse Galm, der für die SAP sprach, verlangte in seiner Rede — und hierbei setzte der stärkste Beifall ein — unser aller Ziel sollte jetzt zur Reichstagswahl sein,

eine gemeinsame Arbeiterliste zustande zu bringen.

Die gutverlaufene Kundgebung schloß mit der „Internationale“.

A. M. FREY



DIE PFLASTERKÄSTEN

Unberechtigter Nachdruck verboten. Copyright 1933 by G. Kloppehauer Verlag A.B. Berlin.

„Hat —? Meinewegen — obwohl — dann hätte doch für Vertretung — die Unterkunft kann doch nicht einfach ohne Arzt bleiben. Da hätte doch dieser Mensch, der einzweidrei zu den Mensohern nach Lille fährt, dafür sorgen müssen, daß ein Ersatz bestellt wird.“

Er stampft umher, langbeinig, daß es dröhnt. Asam steht mit seltsam rotgeschwollenem Kopf. Will er platzen? Lipp bricht von neuem aus: „Warum war keiner da, Herrgott-malefiz! Wer hätte heut' in diesem verschlammten Betrieb Dienst machen müssen?“

„Sie, Herr Stabsarzt!“ sagt sehr laut, schreit in strammster Haltung, mit blutgefülltem Schädel, der Feldwebel Asam.

Lipp erstarrt. Er wird unheimlich weiß im Gesicht. Dann tobt er los: „Was nehmen Sie sich heraus? Sind Sie übergeschonnappt? Sie sind wohl besoffen — Sie — Sie richten sich sofort feldmarschmäßig. Sie setzen Ihren Helm auf, Sie gehen augenblicklich mit mir zum Herrn Kommandeur, ihm werd' ich den unglaublichen Fall vortragen — ganz dienstlich — ich werde strenge Bestrafung beantragen.“

„Recht so, Herr Stabsarzt, da bin ich dabei. Nachha komm' ich endlich furt aus dieser Hundewirtschaft, die niemals nicht klappt, aber net durch meine Schuld! Was i mi schon 'plagt hab' um eine Ordnung — das ist nimmer zum sagen!“ Er hat eine kreischende, schluchzende, durch nichts mehr gehemmte Stimme — die des Untergebenen, der im tiefsten spürt, wie schmählich er mißhandelt wird.

Sie toben beide im Saal umher, der Steinboden hallt unter ihren Stiefeln, der eine aschfahl, der andere purpurfarben: so pendeln sie aneinander vorbei.

„Hier in fünf Minuten!“ schreit Lipp und stürzt von dannen. —

Er kehrt zurück in Feldbinde und Helm. Asam, ähnlich aufgezupft, wartet schon geraume Zeit.

Lipp kommt schleppend, wie schlafbefangen, zur Tür herein. Er scheint zäh in Gedanken verstrickt, er tastet mit den Raubvogelangen die Wand ab, er sieht den Feldwebel gar nicht. — „Asam!“

Nach einer Pause eine leidlich normale Stimme: „Herr Stabsarzt?“

„Wir sind beide — mordsmäßig erregt gewesen. Ich will Ihnen die einwandfreie bisherige Führung zugute halten. Ich sehe von einer Anzeige ab.“ Schärfer, schon wieder gereizt: „Ich möchte aber damit nicht mißverstanden werden. Sie bilden sich hoffentlich nicht ein, daß ich Sie fürchte, oder daß Sie unersetzlich sind.“

Schweigen. — Auf einmal hat der Feldwebel eines bockigen Kindes Mienen, die weich zu werden beginnen.

„Asam, geben Sie mir die Hand.“

Es geschieht. In den Gesichtern der Männer keimt ein Lächeln auf, ein armseliges, nichtsnutziges, ungutes. Aber sie wissen es nicht.

17.

Der Winter ist vorbei. Der Frühling kommt schnell in Frankreich, auch im Norden. Es gibt schon so sanfte, sammetweiche Tage, daß die zunehmende Bösartigkeit der Kampfhandlungen, „der auffrischende Geist“, immer unverständlicher wird.

Lipp hat sich mit dem Kommandeur wieder ausgesöhnt. Er hat lange, kalte, schneereiche Januarnächte an lodernen Kaminen der weißen Villa mit ihm durchsessen. Ein als Gesellschafter überall beliebter Arzt von der Schipperabteilung, die in der Nähe von Fournes Stellungen ausbaut, ein schnapsfester Preuße, hat den Bayern was Neues beigebracht. Er ist zum Budenzauber in der weißen Villa zugezogen worden und hat seine Gastgeber gelehrt, „einen halben Meter zu trinken“, „einen oder anderthalb Meter zu trinken“. Die geheimnisvolle Ausdrucksweise bestaunte man zuerst, dann erlag man ihrem Sinn enthusiastisch: die vom einzelnen geleerten Schnapsgläser wurden nebeneinandergestellt in eine Linie und dann gemessen. Der Arzt von den Schipperr siegte immer; einmal war ihm der Oberstleutnant hart auf den Fersen, aber mit zwei Metern acht Zentimetern ging der andere schließlich durchs Ziel.

Lipp mochte und vertrug keinen Alkohol, er haßte diese Abende, schimpfte furchtbar zu Funk darüber — und umwedelte an ihnen meckernd den Kommandeur. Wenn er gegen Morgen heimkam, riß er randalierend aus allen Taschen Sacktücher, die er vorsorglich mitgenommen, und in die er heimlich die unverschluckten Schnäpse gespieen hatte; mit denen er dem Oberstleutnant hätte Bescheid geben müssen.

Er weckte Funk und berichtete ihm, voll von Wut und Mitteilungsbedürfnis, „diese blöden Saufereien“.

Es war ihm nicht schwer gemacht, Funk aus dem Schlaf zu reißen, denn er hatte ihn in einem Kämmerchen neben seinem Zimmer einquartiert.

Das sohuf unter dem Mantel der Vergünstigung, der besseren Unterkunftsbeschaffung bequeme Gelegenheit, ihn jederzeit unbedenklich auszunutzen — ja, zu schikanieren.

Funk dachte manchmal in kalter Verzweiflung: ich hätte den Kerl seinerzeit doch mit dem Armeerevolver über den Haufen schleßen sollen. — Er mußte stundenlang vorlesen, Zeug, das ihn gräßlich langweilte: „Wanderungen durch Sachsen“ von Gottlieb Möhrchen. So, wie der Mann hieß, war das dicke Buch. Oft schlief der Stabsarzt ein, dann wagte Funk zuerst nicht aufzuheben, weil er ja keinen Befehl aufzuheben bekam. Aber wer hätte ihn geben sollen? So endigte er schließlich doch. Sowie er schwieg, wurde Lipp unter den veränderten akustischen Verhältnissen halb wach, krächte verstopft und herrisch durch die Nase: „Ja —? also —? Bitte, nur fortfahren!“ — und Funk las wieder. In der Folge, um nicht toll zu werden vor Oedheit, experimentierte er. Sobald er an den tiefen Atemzügen Lipp's erkannte, wie er stand, las er dieselbe Seite zwei-, vier-, zehnmal. Dann ging er im Ton des Lesenden, dazu über, sinnlose Sätze aneinanderzureihen — wie sie ihm gerade einfelen. Schließlich klappte er das Buch sachte zu und redete mit Lipp, machte ihm Vorhaltungen, verdammte ihn, belegte ihn mit einer Kette von Scheltnamen, immer mit der eintönigen Stimme des Vortragenden. Er lernte es dann, sein Organ zu dämpfen, bis es erstarb. An den allmählichen Uebergang in die Stille gewöhnte sich das Ohr des Schlafenden, ohne daß ein Weckreiz sich einstellte. Funk saß noch eine Weile beim geisterhaft wehenden Flämmchen der Kerze, dann schlich er zu seiner Matratze. (Fortsetzung folgt.)

## Bergarbeiterstreik in Spanien.

In den Kohlenrevieren in Asturien (Nordspanien) streiken fast 30 000 Bergarbeiter schon seit dem 6. Februar, um die drohende Entlassung einiger tausend Arbeitskollegen zu verhindern.

Bereits im November vorigen Jahres bestand die gleiche Situation. Die Haldenbestände wuchsen infolge der fortwährenden Förderung und des sich verminderten Absatzes unaufhörlich an, sodaß sich die Direktoren der Bergbau-Gesellschaften veranlaßt sahen, einigen tausend Arbeitern zu kündigen. Die Belegschaften beschlossen aber einstimmig den Streik und erzwangen durch die völlige Stilllegung der Zechen nach wenigen Tagen die Weiterbeschäftigung aller Arbeiter. Der Konflikt fand damals seine Lösung darin, daß die Regierung 100 000 Tonnen Kohlen für den Staatsverbrauch kaufte. Diese Verlegenheitslösung, die in Wirklichkeit auf Kosten der Steuerzahler ging, vermochte die Krise im spanischen Bergbau nur um einige Wochen hinauszuschieben. Heute ist die Lage ernster und fordert klare Entscheidungen.

Die Arbeiterorganisationen verlangen die Weiterbeschäftigung der ganzen Belegschaft oder die entsprechende Unterstützung für die entlassenen Kollegen. Die Arbeitgeber ihrerseits wollen auf die Forderungen nur eingehen, wenn ihnen die Regierung das Recht gibt, die Kohlenpreise zu erhöhen. Die Regierung sieht sich in großer Verlegenheit, weil sie weder die Arbeiter noch die Bergbau-Gesellschaften beunruhigen will. Die Verlegenheit ist zu verstehen, wenn man weiß, daß die Lösung des Konflikts gerade den sozialdemokratischen Ministern obliegt. Hier zeigt sich wieder einmal deutlich die Gefahr für eine sozialistische Partei, die glaubt, in einem bürgerlichen Kabinett entscheidende Arbeiterpolitik treiben zu können.

## Die Vorgänge beim Rundfunk.

Zu den fristlosen Entlassungen der Reichsrundfunkgesellschaft teilt einer der Entlassenen, Lubzyski, mit: „Die in der Presse erschienene Mitteilung, daß bei den beiden entlassenen Ingenieuren, Oberingenieur Dipl.-Ing. Günther Lubzyski, dem stellvertretenden Chefingenieur der Reichsrundfunkgesellschaft und Dr. Hans Weigt, Leiter des Zentrallaboratoriums der Reichsrundfunkgesellschaft, Geräte oder sonst etwas gefunden worden seien, was zur Störung einer Rundfunkrede dienen könnte, trifft nicht zu. Die beiden genannten Herren erhielten ihr Kündigungsschreiben am 9. d. M., also bereits einen Tag vor der Hitler-Rede, in dem ihnen mit sofortiger Wirkung das Betreten des Funkhauses untersagt wurde. Sie befanden sich also am Tage der Hitler-Rede überhaupt nicht im Funkhaus.“

Von seitens der Reichsregierung wird nun auch bekannt, daß die Entlassungen auf ihren persönlichen Wunsch vorgenommen worden sind und daß die Hausdurchsuchungen von der Kriminalpolizei durchgeführt wurden.

## „Solidarität“.

(ITF) Die österreichischen Bundesbahnen haben beschlossen, 1348 Werkstättenarbeiter zu entlassen. Durch Vermittlung der Personalorganisation war es aber möglich, diese Zahl auf 364 einzuschränken. 984 Arbeiter behalten nun ihren Arbeitsplatz. Um diese Maßnahme möglich zu machen, hat das Werkstättenpersonal in eine Lohnherabsetzung der Nebenbezüge eingewilligt.

Diese Verminderung gilt ab 1. Februar 1933 und endet mit dem 31. Dezember 1933.

## Forderungen französischer Eisenbahner.

(ITF) Die Gewerkschaft der Eisenbahner von St. Quentin hat eine Entschließung angenommen, worin folgende, von

# Schwierigkeiten im irischen Streik.

Die irischen Eisenbahngesellschaften wenden alle ihnen zur Verfügung stehenden Waffen an, um den Streik zum Zusammenbruch zu bringen. Diese Gesellschaften sind ja Sektionen der englischen Eisenbahngesellschaften, sie wissen, daß die ihnen drohende Gefahr eines englischen Eisenbahnerstreiks wesentlich geringer ist, wenn die Generalprobe in Irland danebengelingt.

Eine Waffe, von der die Gesellschaften Gebrauch gemacht haben, ist der Versuch, die Angestellten gegen die Eisenbahnarbeiter auszuspielen. Die Angestellten der Eisenbahnbüros beteiligen sich nicht an dem Streik, haben sich aber verpflichtet, keine Streikbrecherdienste irgendwelcher Art zu leisten. Allen Angestellten der Great Northern Railway of Ireland — soweit es sich nicht um die höherbezahlten Beamten handelt — ist gekündigt worden; wo eine achtstägige Kündigungszeit möglich war, ist davon Gebrauch gemacht worden, in den übrigen Fällen handelt es sich um vierwöchentliche Kündigungsfristen. In den Entlassungsschreiben wird bemerkt, daß diese ungültig werden, wenn vor dem Ablauf der Kündigungsfrist der Streik beendet ist.

Außerdem wurde aber jeder Angestellte der Gesellschaft gefragt, ob er bereit sei, Streikbrecherdienste zu leisten. Diejenigen, die sich dazu nicht bereit erklärten, erhielten eine auf jeden Fall gültige Entlassung mit der Zusicherung, daß sie ihre Karriere im Eisenbahndienst als beendet betrachten könnten. Bei einer anderen Eisenbahngesellschaft wurden ein Büroangestellter und ein Stationsvorsteher entlassen, weil sie sich weigerten, die Arbeit eines streikenden Signalstellers zu versehen.

Es wird auch versucht, die Arbeiter selber einzuschüchtern: Die Great Northern Railway-Gesellschaft hat angekündigt, daß nach dem Streik einige Linien stillgelegt würden — was schon seit einiger Zeit beabsichtigt worden sei. Daher könnten nicht alle Arbeiter wieder eingestellt werden. Das ist eine deutliche Aufforderung für die einzelnen Arbeiter, ihre Genossen im Stich zu lassen und zur Arbeit zurückzukehren. Denn wer zuerst kommt, ist sicher, nicht entlassen zu werden!

Die Hafenarbeiter in Belfast führen den Solidaritätstreik mit großer Entschiedenheit. Sie weigern sich, irgendwelche Güter zu verladen, die regulär mit der Eisenbahn befördert werden. Es ist den Unternehmern auch nicht gelungen, Streikbrecher einzustellen. Die Arbeiter haben vielmehr den Trans-

portarbeiterverband aufgefordert, den Streik auf die Häfen auszudehnen. Dieser hat der Aufforderung jedoch nicht Folge geleistet.

Von großer Bedeutung für die Streikenden war die Verhinderung des Ein- und Ausladens von Waren, die gewöhnlich mit der Eisenbahn befördert werden, in dem irischen Hafen Larne. Denn dorthin werden jetzt die Güter verfrachtet, die von den Hafenarbeitern in Belfast zurückgewiesen werden. In Larne selber gelang es nicht, die Arbeiter zu ähnlichen Aktionen zu bewegen, wie sie in Belfast im Gange sind. Daraufhin wurde der Versuch unternommen, die Hafenarbeiter in Stanrear, an der schottischen Seite des irischen Kanals, für die Bewegung zu gewinnen. Drei Mitglieder des Vorstandes des Eisenbahner-Verbandes fuhren deswegen nach Stanrear. Jedoch ohne Erfolg: sogar die organisierten Hafenarbeiter von Stanrear weigerten sich, der Parole ihrer Gewerkschaft Folge zu leisten, und die Unternehmer erklärten, daß es in der Stadt genügend Arbeiter gäbe, die einspringen würden, wenn die organisierten Arbeiter die Arbeit sabotierten.

Die geringen Ansätze zu einem Streik der Autobusfahrer sind verhallt. Der gesamte Autobusverkehr geht während des Eisenbahnerstreiks ungehindert weiter und bedeutet eine dauernde Bedrohung des Streiks. Obwohl es zu einigen Brückensprengungen gekommen ist, die angeblich auf Sabotageakte der Arbeiter zurückzuführen sind, gelingt es den Unternehmern auch, den Eisenbahnverkehr zu verbessern. Die Hilfskräfte haben sich inzwischen eingearbeitet, sodaß ein Notfahrplan eingehalten werden kann.

Trotz dieser Schwierigkeiten scheinen die Gewerkschaftsführer entschlossen zu sein, den Kampf weiterzuführen. Dobbie, der Vorsitzende des Britischen Eisenbahner-Verbandes, hat Irland verlassen und die Leitung des Streiks den übrigen Vorstandsmitgliedern des Verbandes übergeben, die alle in Irland sind. Dobbie erklärte, die Gewerkschaften seien zu Verhandlungen bereit, die Unternehmer aber nicht, und mit einem baldigen Frieden sei nicht zu rechnen. Die Streikunterstützung der Arbeiter ist von 24 Shilling auf 30 Shilling die Woche erhöht worden (1 Shilling = 70 Pfennig). Die Unternehmer berichten mit großer Empörung, daß Gewerkschaftsführer mit dem Auto durch das Land fahren, um den Kampfeifer der Eisenbahner zu stärken. Wenn das wahr ist, so ist es ein gutes Zeichen der Aktivität der Gewerkschaftsführer.

den französischen Gewerkschaften schon öfter aufgestellte Forderungen enthalten sind:

1. Schaffung eines nationalen Verkehrsamtes, in dem der Eisenbahn-, der Straßen-, Binnenschiffahrts- und Luftverkehr vertreten sind;
2. Ueberführung der privaten Gesellschaften in die öffentliche Hand;
3. die Einführung der 40-Stunden-Woche.

Durch Heuschreckenschwärme wurde in Nefta in Tunis ungeheurer Schaden angerichtet. Ein großer Teil der Ernte wurde vollkommen zerstört. Allein in der Umgegend von Nefta wurden 2500 Säcke voll Heuschrecken gesammelt.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Tel.: P 7 Jannowitz 8909 Druck A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

## BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“

vom ..... ab zum Preise von monatlich  
2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name ..... Ort .....  
Straße und Hausnummer .....  
Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit  
4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin  
S 14, Inselstr. 8a.

**Feinbesohl-Anstalt**  
und Schuhfärberei  
**HANS SACHS**  
Berlin SW / Dresdener Straße 111  
garantiert für erstklassige Arbeit

**Nähmaschinen**  
Reparaturen / Reinigung  
Ersatzteile  
gut / schnell / billig  
**EUGEN GEHM**  
Frankfurt a. M., Riederwald  
Engelplatz 12.

**Selben Wirtschaftsartikel**  
gut und preiswert  
**Otto Scaruppe**  
Berlin-Reinickendorf-Ost, Wiltr. 1

**Pflanzen-Butter**  
(vegetabile Margarine)  
garantiert reine Nuß-Fette  
Sonder-Angebot:  
Post-Päckchen 5 Pfd. netto  
nur 2,20 RM. Frei Haus  
gegen Voreinsendung auf  
Postcheck Magdeburg 179 24.

**Maßarbeit** erstklassig  
und billig  
Herren - Anzüge, Mäntel, Damen-  
Kostüme, Aufbügeln und Reparaturen  
**Alfred Arensberg**  
Berlin-Reinickendorf-Ost  
Hinter der Dorf-Aue 14

**Frischkost-Reformhaus**  
**Ernst Held, Magdeburg**  
Otto v. Guerickestraße 104.

**Erstklassige Maßarbeit**  
Herren - Anzüge, Mäntel  
Damen - Kostüme  
Tadellosere Sitz  
**Schönheit**  
**MAGDEBURG**  
Johannisbergstr.  
10, III.  
Stoffmuster  
vorrätig.

**Bürobedarfsartikel**  
Reparaturen und Reinigung  
von Schreibmaschinen  
**A. H. Timmermann**  
Hamburg 35, Luisenweg 61 III.  
Anfertigung eleganter  
**Damengarderobe**  
und  
**Reformkleidung**  
**I. Fürchtenicht**  
Böttlingen, Nikolausberger Weg 67.

Freunde  
und Leser des  
„Funke“!  
**Unterstützt**  
**Eure**  
**Zellung!**  
Werbt Abonnenten!  
Sammelt Anzeigen!  
Gevozt bei Einzelnen  
unsere Inserenten

**A. JANISZEWSKI**  
BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH  
**druckt** Flugblätter,  
Zeitungen,  
Zeitschriften  
und jede Art  
Geschäfts-  
drucksachen  
Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29  
Telefon: Sammelnr. P 1 Moritzplatz 8471

**VEGA KÖLN, Beethovenstraße 19**  
Vegetarische Gaststätte  
Neuzzeitliche Ernährung nach Dr. med. Bircher-Benner, Zürich  
Speisezeit ununterbrochen von 12 bis 20 Uhr

**WAS WEISST DU VON DER MENSCHENMORD-INDUSTRIE?**  
Einiges schon, doch längst noch nicht genug! Ob auch Millionen in Giftgasen elend umkommen gleich dem Ungeziefer, das der Gärtner an seinen Obstbäumen vernichtet — das kümmert die Profitgier der Rüstungsindustrie nicht im geringsten. In geheimnisvollem Dunkel treiben auch heute noch ihr verbrecherisches Spiel ohne Scheu die Kriegsschürer und Kriegsgewinnler, die international versippten Nationalisten aller Länder die „Vaterländische“, „nationalen“ Katastrophenpolitik. Mit erstaunlichen Tatsachen und überzeugenden Zahlen leuchtet in dieses Dunkel Otto Lehmann-Rußbildt hinein mit seiner Schrift  
**„DIE BLUTIGE INTERNATIONALE DER RÜSTUNGS-INDUSTRIE“.**  
Anschaffung auch heute noch erschwinglich. In 9 Sprachen übersetzt. Das 31.—40. Tausend soeben zum herabgesetzten Preis von 1.— RM erschienen im  
**PACKELREITER-VERLAG, BERLIN W 15.**

**Röstkaffee**  
per Pfund 2.—, 2,40, 2,80, 3,20 Mark.  
Lieferung ab 8 Pfund frei Haus.  
Nachnahme oder Vorkasse auf Post-  
scheckkonto: Hamburg 711 08.  
**Robert Ziegler, Kaffee-Versand**  
Hamburg 33 / Heidhöörn 42.

**„Haltet Euch gesund durch naturgemäße Kost“**  
**Reformhaus Gesundheitsquelle**  
Berlin, Köpenicker Straße 96

**BERLIN**  
**KAMERA**  
Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987  
Seit 13.—16. Februar!  
Der herrliche Stummfilm **„TABU“**  
F. W. Murnaus schönster und letzter Tonfilm.  
Paul Eppers Tierfilm  
**„Tiere sehen Dich an“**  
Ein Meisterwerk der Photographie.  
Jugendliche haben Zutritt.  
Anfangszeit: 15, 17, 19 und 21 Uhr.

## Deutschland auf dem Wege zum offenen Faschismus!

Welchen Terrormaßnahmen die Arbeiterschaft unter dem offen regierenden Faschismus ausgesetzt ist, das zeigt Bulgarien. Wer die Tatsachen über den Faschismus in Bulgarien noch nicht kennt, der lese die Schrift:

**Die Henker.**  
Von Henri Barbusse.  
143 Seiten. / Mit zwei Landkarten. 7 Broschiert 2,50 Mark.

„Ein sachlicher, gerade durch seine Nüchternheit erschütternder Bericht von dem Verwaltungs- und Justisterror, der heutzutage in manchen Balkanstaaten herrscht.“  
„Berliner Börsen-Courier“, Nr. 234, vom 20. 5. 1927.  
„Die Henker“ gehören in die Hände der Jugend, sie gehören in die Hände eines jeden denkenden und ehrlichen Menschen.“  
„Die Welt am Abend“, Nr. 115, 1927.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin SW 19, Inselstraße 8a.  
Postcheckkonto Berlin 818 42.

## Billigung von Gewalttätigkeiten.

Wie hierlich in nationalen Kreisen die Auffassung von Recht und Gerechtigkeit ist, beweist eine Vormeldung der Telegraphen-Union über die geplante Sitzung des sogenannten Ueberwachungsausschusses, dessen Vorsitzender der Sozialdemokrat L ö b e ist. L ö b e soll von Hitler als von einem Slowener gesprochen haben. Diese reine Privatangelegenheit L ö b e s benutzt der bekannte Radaubruder Frank II schon vor einigen Wochen zu Pöbelszenen, wodurch der Ueberwachungsausschuß aufflog. Die TU kaut den ganzen Kram über die angeblichen Beleidigungen Hitlers heute wieder und bemerkt zum Schluß ihrer Vormeldung: „Man wird aber annehmen müssen, . . . daß die nationalsozialistischen Ausschußmitglieder, sofern der Vorsitzende nicht von diesem Ausdruck abrückt, auch die weiteren Ausschußverhandlungen unter L ö b e unmöglich machen werden.“ Was würde Herr Melcher sagen, wenn hierzu eine linke Zeitung schrieb: Man wird also annehmen dürfen, daß den nationalsozialistischen Ruhestörern die weiteren Störungen unter Frank II unmöglich gemacht werden. Das Ganze ist natürlich eine bloße Aufforderung zu Gewalttätigkeiten, die Herr Melcher zu ahnden hat. Ob er's tut?!

Inzwischen ist der unter wohlwollender Billigung der TU erwartete Angriff der Nazis im Ueberwachungsausschuß auch wirklich erfolgt.

Der Vorsitzende wurde beiseitegeschoben, und zwar von dem Rechtsanwalt Frank II, dem noch immer keine Anwaltskammer die Ausübung seines Berufs eines Rechtsanwalts unmöglich gemacht hat. Hier wurde offen gesagt, daß der Grund für die Angriffe der Nazis darin bestünde, daß L ö b e ein Marxist sei. Bei den Tiraden, die dann Frank II widerrechtlich vom Tisch des Vorsitzenden aus vom Stapel ließ, wurde offenbar selbst einem Volksparteiler übel. Auch er wurde in Feldwebelmanier angepöbelt, natürlich von einem Nazi.

Wird das Ganze Herrn Melcher kümmern? Wird das Ganze die Arbeiterschaft sich aufrufen lassen? Wird es die gebildeten Menschen endlich sich erheben lassen gegen Leute vom Schlage eines Frank II und ähnlicher Kerle?

## Göring räumt weiter.

### Die Umstellung der Polizei.

Zwangweise beurlaubt oder ihrer Aemter enthoben sind: Polizeipräsident Thais aus Breslau, Polizeipräsident Biesten aus Koblenz (Zentrum), Polizeipräsident Wende aus Waldenburg (SPD), Polizeipräsident Meyer aus Waldenburg, Polizeipräsident Steinberg aus Frankfurt a. M.

Polizeipräsident Froitzheim aus Wiesbaden hat angeblich um einen dreiwöchigen Urlaub gebeten, da sich die kommissarische preussische Regierung die Prüfung der jüngsten politischen Zusammenstöße in Wiesbaden vorbehalten habe. Eine amtliche Bestätigung dieser Meldung steht noch aus.

## Protest der Bayerischen Volkspartei.

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz hat einen energischen Protest gegen die Entsendung des Reichsbeauftragten Dr. Medicus nach Hessen losgelassen. Sie wirft darin der Reichsregierung vor, diese fühle sich schon befugt, in Länderangelegenheiten einzugreifen, wenn ihr die parteipolitische Zusammensetzung einer Landesregierung nicht passe. Ein Eingriff in Landesangelegenheiten aus diesem Grund sei aber so verfassungswidrig, daß die Reichsregierung sich damit selber außerhalb der Verfassung stellen würde.

Sie würden die Länder, die noch eine Spur von Lebenskraft in sich hätten, zu Gegenmaßnahmen zwingen,

# Faschistischer Mordzug nach italienischem Muster

## Wieder zwei Tote.

Braunschweig. Die wilde Polizeischleßerei vom Sonntag, die die Naziprovokation in den Arbeiterstraßen begleitete, hat bisher

ein Todesopfer zur Folge gehabt: der Arbeiter Wiese, von Polizei angeschossen,

weil er nicht schnell genug sein Fenster schloß, ist an seiner Verletzung gestorben.

Eisleben. Nach den inzwischen eingetroffenen Nachrichten stellt sich der Nazi-Sturm auf das KP-Haus als eine fürchterliche faschistische „Strafexpedition“ nach italienischem Muster dar.

Bereits vor dem Ueberfall auf das KPD-Haus hatten etwa 300 Nazis, ausgerüstet mit geschliffenen Spaten, Revolvern und Stahlruten, die Straßen terrorisiert und Menschen mit sozialistischen Abzeichen verprügelt. Der Nazizug wurde, entgegen der Verabredung mit der Polizei, an dem KP-Haus vorbeigeführt. Im Nu war der Sturm der Nazis auf das Haus und ein wüster Feuer im Gange. Die Behauptung, daß aus dem Gebäude ein Schuß gefallen sei, ist nicht erwiesen; Stämpfer vom „Vorwärts“ ist selber nach Eisleben gefahren und bezeichnet jene Behauptung auf Grund seiner Nachforschungen als nachweislich unwahr. Die Inneneinrichtung des Hauses und der Turnhalle, in der gerade eine Kinderveranstaltung stattfand, wurde völlig zerstört. Im ganzen sind etwa 80 Arbeiter in dem Hause gewesen. Die meisten von ihnen sind schwer verletzt worden, meist durch Spatenschläge.

Die gestrige Meldung, daß zwei SA-Leute getötet worden seien, stimmt nicht: nur ein Nazi ist erschossen worden, entweder bei dem wüsten Feuer, das seine eigenen Leute in der Enge des Hauses veranstalteten oder in gesetzlicher Notwehr der Kommunisten.

Der Kommunist Glocke ist tot; sein Schädel ist durch einen Spatenhieb gespalten.

Nicht der Landtagsabgeordnete Wilhelm Koenen ist schwer verletzt worden, sondern sein Bruder Bernhard, der in Halle-Stadtverordneter ist.

Die Führung der Strafexpedition lag in Händen des Gauleiters Jordan aus Halle (MdR) und des SA-Führers von Alvensleben.

# Reichslandbund fordert zum Hochverrat auf.

Der Bundesvorstand des Reichslandbundes faßte am Dienstag einstimmig folgende Entschloßung:

„Der Bundesvorstand spricht dem Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg seinen ehrerbietigen Dank für Berufung der Führer der nationalen Bewegung zur Staatsführung aus. In dem Gelöbnis der im Kabinett Hitler-Papen-Hugenberg-Seldte verbundenen Führer, den schweren Kampf für Deutschlands Rettung gemeinsam durchzuführen bis zum Siege, sieht der Reichslandbund den ersten Schritt, die rettenden Kräfte im ganzen Lande zur Einigung zu führen. Der Reichslandbund wird das Einigungswerk innerhalb des Deutschen Landvolkes mit allen Mitteln fördern und unterstützen. Die Rettung der deutschen Landwirtschaft ist unlösbar verknüpft mit dem Durchbruch des nationalen Gedankens auf allen Gebieten des deutschen Lebens. Der Bundesvorstand verzichtet in dieser Stunde bewußt darauf, Einzelheiten des der Öffentlichkeit bekannten Reichslandbund-Sofortprogramms zu wiederholen. Die deutsche Landwirtschaft weiß aus unzähligen bitteren Erfahrungen und Enttäuschungen, daß nicht Versprechungen, sondern nur Taten als Leistungsmaßstab Geltung haben. Nur von nationalwirtschaftlicher Grundeinstellung aus sind nicht nur die Einzelprobleme deutscher Agrarpolitik, sondern die gesamte deutsche Wirtschaftspolitik zum Heil des deutschen Volkes in Stadt und Land für Gegenwart und Zukunft zu lösen.

Der deutsche Bauer wird seinen Willen für den Sieg und die Dauerherrschaft des geeinten deutschen Nationalismus am 5. und 12. März umso stärker bekunden; als es für ihn feststeht, daß dies auf lange Zeit die letzte Heerschau ist, zu der er mit dem Stimmzettel antritt. Die Landwirtschaft kann aber das entscheidende Anpacken des großen Sanierungswerkes nicht von irgendwelchen

Wahlergebnissen abhängig machen. Der Reichslandbund vertraut auf das feierlich gegebene Wort der geeinten Führer, die Macht nicht aus der Hand zu geben, auf alle Gefahr hin, und den Weg zu gehen, der nötig ist, daß Deutschland nicht verkommt. Die Zeit der Taten ist gekommen!“

Mit den wirtschaftspolitischen Ausbeuter-Zielen des Reichslandbundes brauchen wir uns hier nicht auseinanderzusetzen.

Wir nageln hier nur die beleidigende Aufforderung der Grafen und Barone aus dem Reichslandbund fest, eine Beleidigung jeder Reichsregierung, die auf die Weimarer Verfassung vereidigt worden ist;

denn wie soll sich der Eid auf diese Verfassung damit vertragen, daß „die geeinten Führer die Macht nicht aus der Hand geben, auf alle Gefahr hin“? Diese offene Aufforderung der deutschen Ostelbier zum Hochverrat (in ihrem privaten Interesse!) unterbreiten wir hiermit Herrn Melcher oder den höheren Instanzen zur endgültigen Feststellung,

ob in Deutschland Aufforderung zum Hochverrat nur dann strafbar ist, wenn die Herren Polizeipräsidenten sie in linken Zeitungen zu lesen vermerken.

Wenn die Forderungen des Reichslandbundes unbeanstandet in einer Zeitung erscheinen, und wenn diese Zeitung dann nicht verboten wird, dann ist das ein Zeichen für die Parteilichkeit der Polizei. Wir sind sowieso von ihrer Unparteilichkeit nicht restlos überzeugt. Immerhin wird vorläufig noch in amtlichen Auslassungen davon gesprochen, daß das Auge des Gesetzes auch nach rechts zu blicken hat. Also, Herr Melcher: Hic Rhodus, hic salta!

wie sie in einer Zeit, in der die Gewalt das Recht unterjochen wolle, notgedrungen ergriffen werden müßten.

Ein Reichskommissar, der den Rhein überschreiten würde, wäre nicht nur eine Kampfansage für das betreffende Land, er wäre auch eine Kampfansage für den gesamten deutschen Süden.

Denn die süddeutsche Frage laute auch unter einer Regierung Hitler-Hugenberg anders als die preußische Frage.

## Nazi-Ziele:

### Zerreißen von Versailles mittels der Flugwaffe.

Röhm hat einen Aufruf zur Sammlung im Nationalsozialistischen Fliegerkorps erlassen, der sich nicht nur an Flieger wendet, sondern auch an solche, die es werden oder sonst die Fliegerei unterstützen wollen. Der Aufruf ist auf kriegerischen Ton abgestimmt „getreu der Ueberlieferung . . . unserer einst so stolzen Fliegerwaffe“. Als „unser Ziel“ ist die „endgültige Befreiung von den Fesseln des Schandvertrages von Versailles“ bezeichnet.

## Die blutige Internationale der Rüstungsindustrie.

Dem „Bayerischen Kurier“ Nr. 28 entnehmen wir folgendes:

Auf eine Anfrage, „ob es richtig sei, daß die Generaldirektion der Firma Krupp-Essen vor dem Krieg das Granatzünderpatent KPz 96/04 an die englische Firma Vickers verkauft und dafür nach dem Weltkrieg 123 Millionen Mark von der englischen Fabrik erhalten habe, sowie daß zur Zeit, als das Patent verkauft wurde, Geheimrat Hugenberg der Generaldirektor der Aktiengesellschaft

Krupp gewesen sei, antwortet die Hugenbergsche „Augsburger Abendzeitung“ (Nr. 27) im sachlichen Teil:

1. Das Abkommen wurde 1902 mit ausdrücklicher Genehmigung des Kriegsministeriums und des Reichsmarineamts geschlossen, weil es sich um Fabrikationserfahrungen handelte, zu denen Vickers früher oder später auch von selbst gekommen wäre; so aber mußte sich auch Vickers verpflichten, seine Neukonstruktionen und Verbesserungen uns mitzuteilen.

2. Die Geltendmachung des Anspruches mußte nach dem Gesetz über das Ausgleichsverfahren gemäß dem Versailler Vertrag erfolgen; das Reich verlangte, daß vor dem Internationalen Gemischten Schiedsgerichtshof Klage deshalb erhoben wurde; denn 99% Prozent des Betrages mußten ihm zufallen.

3. Das Abkommen stammt aus dem Jahre 1902, während Hugenberg erst im Jahre 1909 an die Spitze des Krupp-Direktoriums trat.“

Dazu schreibt der „Bayerische Kurier“ sehr richtig: Es wird „auch von der „Augsburger Abendzeitung“ nicht bestritten, daß eine solche internationale Verflechtung der Rüstungsindustrie bestand und daß auf Grund eines Abkommens von 1902 die deutsche Industrie von jeder englischen Granate einen Gewinn hatte, die im Weltkrieg einen deutschen Soldaten traf“.

## Die Fabrik der öffentlichen Meinung.

Die fortschreitende Knebelung der Linkspresse und sozialistischer Versammlungen genügt der „Berliner Börsen-Zeitung“ nicht zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung. In einem Artikel „Staatspropaganda“ fordert sie, daß nach „einem einheitlichen Plan und unter gemeinsamer Leitung“ — und zwar des Reichs, nicht etwa der für Nationalisten noch nicht stubenreinen Länderregierungen — das alte „hohe-zollernsche (!) Erziehungswerk“ wieder aufgenommen werden soll. Gewünschtes Ergebnis: der „deutsche Mensch preußischer Prägung“. Mittel: Schule, Kirche (!), Rundfunk, Kino und sonstige Mittel, die zu einer „dauernden unaufdringlichen (!) Belehrung und Erziehung der Bevölkerung“ taugen (sodaß sie sich im Interesse der Kreise, die hinter der „BB-Z“ stehen, geduldig ausplündern lassen!): „Piraten der öffentlichen Meinung“, sagte Bethmann-Hollweg über dieses Kruppzeug.

Ein besonders intelligenter Druckfehlerteufel hat sich das Verdienst erworben, in den Artikel selber das richtige Urteil über die geplante Vergewaltigung der Gedankenfreiheit hineingesetzt zu haben. Die „BB-Z“ schreibt bei der Behandlung der Frage, wie weit die Presse zur Durchführung dieser Aufgaben beitragen könne, daß — wegen des Widerstandes einiger Zeitungen gegen solche Knebelungsaktionen — durch die Presse „diese Erziehungsarbeit nur an einen Teil des Volkes

herangetreten werden könne . . .“

Wird sich die Arbeiterschaft nicht endlich, in letzter Minute, zusammenschließen, um zu verhindern, daß unter den Fußritten dieser Barbaren alles zerstört wird, was sich an Freiheit und Charakterfestigkeit im deutschen Volk noch regt?



## Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Hannover: Mittwoch, 15. Februar, 20.15 Uhr, bei Sander, Gartenallee 1. Thema: Die nationale Regierung, ihr Programm, ihr Weg und die Arbeiterschaft. Eintritt frei!

Magdeburg: Mittwoch, 15. Februar, 20 Uhr, bei Bleck (früher Lüchtfeld), Knochenhauerufer 27/28. Thema: Sozialistengesetz auf dem Marsch! Warum kommt die Einheitsfront zwischen KPD und SPD immer noch nicht zustande? Redner: Paul Gerisch. Eintritt 20 Pfg., Erwerbslose frei. Freie Aussprache.

## Gefährliches Papier!

In der Potsdamer Kaserne des Infanterieregiments 9 sind kommunistische Flugblätter gefunden und als „zerstrende Schriften“ sofort beschlagnahmt worden.

35 Kommunisten wurden am Montagabend in Berlin wegen der Verbreitung eines polizeilich verbotenen Flugblattes festgenommen. Das Flugblatt berichtet unter der Ueberschrift „Blutiger Nazisturm auf KPD-Zeitung in Eisleben“ in offenbar sachlicher und ordentlicher Form über die Eislebener Schießereien.

## Verboten wurden:

„Berlin am Morgen“ bis zum 28. Februar. Begründung: Vorbereitung zum Hochverrat.

„Die Schwarze Front“ (das Blatt Otto Strassers) bis zum 26. März. Das Blatt hat die Regierungserklärung vom 1. Februar als ein „Dokument reaktionärer Rachsucht, kapitalistischer Restauration, erschütternder Unzulänglichkeit“ bezeichnet.

Die „Neißer Zeitung“ (Zentrum) ist für drei Tage verboten worden, weil sie die Reichsregierung verächtlich gemacht haben soll.

# Deutsche Lebenshaltung in der Krise.

## Konsumfähiges Realeinkommen der beschäftigten Metallarbeiter auf 56 bis 34 Prozent des Vorkriegsstandes gesunken.

Franz und Käthe Fuertth untersuchen im neuesten Heft der „Wirtschaftskurve“ die „Lebenshaltung unter Krisendruck“ und kommen dabei zu erschütternden Ergebnissen.

Sie betrachten die Lage von Facharbeitern, Angelernten und Hilfsarbeitern in der Metallindustrie, einmal, weil diese Industrie in Deutschland besonders wichtig ist, dann aber auch, weil die Löhne in der Metallindustrie sich bisher auf einer mittleren Linie zwischen den besonders gut und den besonders schlecht bezahlten Arbeitergruppen bewegten.

Sie benutzen trotz der von ihnen geteilten Bedenken den amtlichen Lebenshaltungsindex, weil andere Berechnungen für die Gegenwart und die Zeit vor dem Weltkrieg nicht zur Verfügung stehen. Das Ergebnis ihrer Berechnungen läßt die Wirklichkeit also sogar in einem etwas zu günstigen Lichte erscheinen.

Für die Lebenshaltung des Arbeiters ist, wie die Verfasser mit Recht betonen, der Teil des Lohnes entscheidend, der nach Bezahlung von Steuern, Sozialabgaben und Miete verbleibt; ihn nennen sie *konsumfähiges Nettoeinkommen*, beziehungsweise nach Ausschaltung der Uebertreibung (durch Umrechnung mit dem Lebenshaltungsindex ohne Wohnung): *konsumfähiges Realeinkommen*. Es ist verschieden, je nachdem ob der Arbeiter in einer Alt- oder in einer Neubauwohnung wohnt. Aber in beiden Wohnungsgruppen ist der Anteil der Miete am Bruttoeinkommen der Bewohner seit Mai 1931 unerträglich gestiegen.

Der Mietanteil hat sich bei Altwohnungen von 13 bis 15 Prozent auf rund 20 Prozent und bei Neubauwohnungen von 28 bis 30 auf rund 40 bis 45 Prozent des Einkommens erhöht.

Ein ständig kleiner werdender Teil des ständig sinkenden Lohnes bleibt für den sonstigen Lebensbedarf. Der Teil, den die Miete vom Einkommen wegschneidet, ist verhältnismäßig starr; er kann nur schwer und, wenn überhaupt, dann nur unter erheblichen Aufwendungen für Umzugskosten gesenkt werden.

Eine Geldlohnsenkung um 5 Prozent bedeutet daher, wie die Verfasser richtig darstellen, für den Arbeiterhaushalt weit mehr, als es zunächst den Anschein hat: „Eine fünfprozentige Lohnsenkung bei 100 Mark Monatslohn scheint schon schwer erträglich. Berücksichtigt man aber, daß von diesem Monatslohn (angenommen!) an Steuern, Sozialabgaben und Miete rund 55 Mark abzusetzen sind, so zeigt sich, daß der tatsächliche Konsum durch die neue Kürzung nicht um 5 Prozent, sondern um 11 Prozent belastet wird, was dieser Maßnahme schon ein ganz anderes Gesicht gibt. . . .“

Doch nun die Ergebnisse der Berechnungen.

### Konsumfähiges Realeinkommen

der Bewohner von Altwohnungen:

	1913	1928	1930	1931	1932	1933
Facharbeiter	29,19	26,72	25,60	24,94	16,40	16,60
Angelernte	24,63	23,45	22,47	21,91	14,13	14,52
Hilfsarbeiter	22,05	21,32	20,46	19,96	11,58	11,91

der Bewohner von Neubauwohnungen:

	1913	1928	1930	1931	1932	1933
Facharbeiter	29,19	21,77	20,64	19,99	11,46	11,41
Angelernte	24,63	19,21	18,50	17,59	9,28	9,99
Hilfsarbeiter	22,05	17,58	16,28	15,77	7,41	7,51

Das konsumfähige Realeinkommen in der Metallindustrie stand also trotz aller gegenteiligen Behauptungen schon im Jahre 1928 unter Vorkriegshöhe. Es hat die Vorkriegshöhe bis zum Endpunkt der Erhebung so außerordentlich unterschritten, daß es

für den Facharbeiter im günstigsten Fall bis auf 56 Prozent, für den Hilfsarbeiter im ungünstigsten Fall bis auf 34 Prozent des konsumfähigen Realeinkommens der Vorkriegszeit zurückgegangen ist.

H. H.

# Dämmert es?

Der „Manchester Guardian“ vom 8. Februar 1933 veröffentlicht einen Aufsatz von J. A. Hobson, in dem es heißt:

„Die vergrößerte Produktion, die mehr Kapital und mehr Arbeit in Anspruch nimmt, kann nur kommen, nachdem die vergrößerte Konsumtion begonnen hat. Jeder Versuch, das neue Geld direkt in Produktionsgüter-Industrien zu pumpen, ist der Versuch, das Pferd am Schwanz aufzuführen.“

Dieser Gesichtspunkt wird jetzt, denke ich, weithin anerkannt. Er bedeutet, daß das Geld, das durch eine nationale oder internationale „Reflation“ geschaffen wird, in die Hände der Arbeiter-Konsumenten gelangen soll, die es ohne Verzug zum Verkauf von Konsumgütern ausgeben werden.“

### DÄNEMARK

Deutschland verliert einen Kohlenkunden: Die dänische Gesamteinfuhr an Brennstoffen ist von 1931 auf 1932 von 96,4 auf 88,8 Millionen Kronen zurückgegangen. Die Einfuhr aus England ist von 48,9 auf 53,7 Millionen Kronen gestiegen; die Einfuhr aus Deutschland ist von 26,4 auf 14,6 Millionen Kronen gefallen. — Die Kohlenbarone mögen sich dafür bei den Agrarbaronen bedanken!

### UNGARN

Zollermäßigungen in Aussicht? Der Ministerpräsident hat die Preisprüfungskommission aufgefordert, Vorschläge zu machen, ob und in welchem Ausmaß wichtige Industriezweige ohne Preisgabe der Interessen der eigenen ungarischen Produktion vermindert werden können. — Wenigstens ein Anfang!

### DEUTSCHLAND

Zementaußenleiter im Kampf: Der Reichswirtschaftsrat soll noch vor Mitte Februar ein Gutachten darüber abgeben, ob eine Zwangssyndizierung der deutschen Zementindustrie oder eine freie Zementwirtschaft zu empfehlen sei. Zahlreiche syndikalfreie Händler und Vertreter haben sich zu einem Verband zusammengeschlossen, der beim Reichswirtschaftsministerium gegen die Bestrebungen des die Syndikate vertretenden Zementverbandes protestiert und die Auflösung aller Zementsyndikate fordert.

Zementfriede. Wer bezahlt ihn? Die Verhandlungen des westdeutschen Zementverbandes mit den beiden Außenseitern endeten mit einem Kompromiß: Die Außenseiter verpflichten sich, eine bestimmte Höchstproduktion in denjenigen Produkten, die der Zementverband erfaßt nicht zu überschreiten. Auf die Verbandspreise haben sich die Außenseiter nicht verpflichtet! — Werden die Außenseiter gemeinsam mit dem Zementverband die Konsumenten ausbeuten?

Monopolpläne für Oelkuchen. Der als Staatssekretär in das Reichsernährungsministerium berufene Landbundführer von Rohr steht gewissen Monopolplänen für Oelkuchen nahe. Man glaubt, daß er ihre Verwirklichung jetzt betreiben werde. — Es ist ja auch wirklich unerträglich, daß Landwirte noch ein billiges unverzolltes Futtermittel kaufen dürfen!

Im Maschinenbau sinken die Inlandsaufträge, steigen die Auslandsaufträge: Nach dem Geschäftsbericht der Linke-Hofmann-Busch-Werke war der Auftragsbestand am Ende des letztvergangenen Geschäftsjahres 21,3 Millionen Mark, rund 10 Millionen Mark weniger als ein Jahr zuvor. Darunter waren 16,7 Millionen Mark Auslandsaufträge, 6,7 Millionen mehr als im Vorjahr.

Das Reich kauft Käse: Zur Stützung der Milchwirtschaft hat die Reichsregierung in den bayerischen und württembergischen Milchwirtschaftsgebieten 10 000 Zentner Weichkäse aufgekauft, die kostenlos an die Winterhilfe zur Verteilung weitergegeben werden. — Das ist besser als Vernichtung. Aber: Sieht der ganze Vierjahresplan so aus?

Preissenkung verboten: Die Gemeinde Aurach bei Ansbach hatte sich erboten, für die notleidenden Familien Ansbachs täglich bis zu 1200 Liter Milch zu dem verbilligten Preis von 14 Pfennig pro Liter zu liefern. Der zuständige Milchversorgungsverband machte die Durchführung unmöglich mit der Begründung, das Auracher Angebot verstoße gegen die Satzungen des Milchversorgungsverbandes. — Der Stadtrat von Ansbach protestierte öffentlich und beschwerte sich bei der Regierung.

# Die Arbeitslosigkeit in den USA.

Der Pressedienst des amerikanischen Gewerkschaftsbundes verbreitet Angaben über die Arbeitslosigkeit in den USA Ende November 1932 auf Grund von Berechnungen der Wirtschaftszeitschrift „The Business Week“. Gegenüber gestellt wird die Zahl der Beschäftigten im April 1930, als es noch verhältnismäßig wenig Arbeitslose gab.

Die Aufstellung ergibt erstmals ein gewisses Bild von der Größe der Arbeitslosigkeit in den USA und ihrer Verteilung auf die einzelnen Berufe. Eine amtliche Arbeitslosenstatistik in den USA gibt es bekanntlich nicht. Wir geben daher diese private Statistik hier ausführlich wieder:

Industrie	Beschäftigte April 1930	Arbeitslose November 1932	Prozentsatz der Arbeitslosigkeit
Landwirtschaft . . . . .	10 482 000	1 786 000	17,0
Forstwirtschaft u. Fischerei . . . . .	270 000	108 000	40,0
Bergbau . . . . .	1 158 000	524 000	45,2
Baugewerbe . . . . .	2 562 000	2 057 000	80,3
Chemische Industrie . . . . .	621 000	180 000	29,0
Tabak-Industrie . . . . .	150 000	42 000	28,0
Textil-Industrie . . . . .	1 975 000	537 000	27,2
Lebensmittel-Industrie . . . . .	907 000	142 000	15,6
Keramische Industrie . . . . .	372 000	181 000	49,5
Eisen- und Stahl-Industrie . . . . .	2 385 000	1 078 000	45,2
Sonstige Metallindustrie . . . . .	332 000	133 000	41,6
Fahrzeugbau . . . . .	640 000	369 000	47,7

Holzgewerbe . . . . .	860 000	426 000	53,7
Leder-Industrie . . . . .	374 000	105 000	28,1
Papier- und Druckgewerbe . . . . .	785 000	189 000	24,1
Sonstige Gewerbe . . . . .	2 335 000	1 135 000	48,3
Transport . . . . .	4 439 000	1 684 000	38,1
Handel . . . . .	7 537 000	1 613 000	21,5
Öffentliche Dienste . . . . .	1 058 000	114 000	10,8
Freie Berufe . . . . .	3 426 000	363 000	10,6
Hauspersonal . . . . .	4 812 000	1 692 000	35,2
Verschiedenes . . . . .	1 333 000	750 000	56,1
Insgesamt	48 833 000	15 252 000	31,2

Also:

Fast jeder dritte Erwerbstätige in den USA ist heute erwerbslos.

Die Erwerbslosigkeit ist wie in Deutschland besonders groß im Baugewerbe, in dem nur noch jeder fünfte Erwerbstätige Arbeit hat. Sie ist ferner überdurchschnittlich groß in den Produktionsgüter-Industrien, unterdurchschnittlich groß dagegen in den Konsumgüter-Industrien.

Wir erinnern: In den USA gibt es keine öffentliche Arbeitslosenunterstützung. Das heißt:

15 Millionen-Erwerbsfähige sind nach Aufzehrung ihrer Ersparnisse auf Almosen angewiesen!

—t.

# Der kapitalistische Sumpf in einem „leuchtenden Scheinwerfer“.

Erich Lilienthal: „Selbstverständlichkeit des Kapitalismus.“ 29 Seiten. 80 Pfennig. Otto Elsner Verlag, Berlin.

Diese Schrift wird von der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ (vom 4. Dezember 1932) hoch gelobt in einem Leitartikel, der mit dem Satz beginnt: „In die Dämmerung der antikapitalistischen Psychose und Weltuntergangsstimmung, die gegenwärtig in Deutschland weite Kreise ergriffen hat und die von einem popularitätssüchtigen wissenschaftlichen Dilettantismus noch weiter genährt wird, fällt dieses kleine, klare Buch wie ein leuchtender Scheinwerfer hinein.“

Was zeigt sich, wenn wir nun mit einem kleinen Scheinwerfer in diese Kampfschrift für den Kapitalismus hineinleuchten?

### Von Treu und Glauben und . . . Neid.

„Kapitalismus ist das . . . Stichwort für die einzige bekanntgewordene Wirtschaftsform, die auf der ethischen Grundlage von Treu und Glauben über Volks- und Staatsgrenzen hinweg den Austausch lebenswichtiger Güter mit einiger Sicherheit vermittelt.“ (Seite 3.) Manche Arbeitslosen werden einwenden, diese „Sicherheit“ in der Vermittlung „lebenswichtiger Güter“ sei ihnen zu gering. Der Verfasser antwortet auf diese vorwitzige Frage im voraus: „Der Kapitalismus kann nicht den persönlichen Hunger des Einzelnen und Erfolglosen stillen . . .“ (Seite 3.) Wer nach diesem Zugeständnis des Verfassers vom Kapitalismus und seiner Ethik doch nicht recht befriedigt ist und etwa in Gedanken nach Osten schaut, dem verkündet „dieses kleine, klare Buch wie ein leuchtender Scheinwerfer“: „Dort trat an Stelle des „Zarismus, mit seinem Anspruch auf absolute Herrschaft . . . wie in der doch verhältnismäßig kurz zurückliegenden Tatarenzzeit der Anspruch der zur Macht gelangten Horde über die Gemeinschaft auf die unbedingte Herrschaft über Leib, Seele und jeglichen Besitz.“ (Seite 4.)

Und wie sieht es im Kapitalismus aus? Dort kann „in der goldenen Regel . . . Besitz nur erworben und erhalten

werden durch einen Verdienst, in dem wenigstens ein Tröpfchen höherer Ethik steckt“. Den Arbeitslosen, die diese höhere Ethik nicht begreifen, wird besonders ins Stammbuch geschrieben: „Gegen den Besitz stand immer der Neid der Besitzlosen, die sich Besitz wünschten, ohne die schwere Kunst des Besitzens zu meistern.“ (Seite 7.)

### Kapital entsteht . . . aus dem Glauben.

„Aus dem Glauben an die Möglichkeiten des neuen industriellen Lebens im Anschluß an die Fortschritte der Technik entstand das Großkapital als Glaubender und Gläubiger des Fortschrittes, das heißt als Kredithgeber der Industrie des 19. Jahrhunderts.“ (Seite 13.)

### Deutsche Unschuld vom Lande.

„Man sprach von Fehlinvestitionen und ähnlichem Quark.“ (Seite 26.)

„Die Erzeugung des wahren Ueberflusses war sicherlich ein Werk des Kapitalismus; die Unmöglichkeit, Käufer, Absatz für diesen Ueberfluß zu finden, wird aber fälschlich den Kapitalisten in die Schuhe geschoben.“ Die Wirtschaftskrise „kam, weil als Folge des Versailler Dokuments wie in einer Schießbude ein Land nach dem anderen aus dem Käuferkreise ausfiel und schließlich über die ganze Welt eine Art von Verbot des ruhigen und gesicherten Arbeitens verhängt wurde. Die Franzosen hatten nach Kriegsende wie besessen in der Weltgeschichte herumgeschossen, Unruhe verbreitet, wo sie nur konnten. . . .“ (Seite 28.)

Und wessen Söldlinge schießen heute in Deutschland „wie besessen herum“ und verbreiten Unruhe?

### Das Rezept.

„Man erlaube dem Volke zu sparen, den Unternehmern, das Ersparnis anzulegen und zu vermehren, und man wird staunen, wie schnell die freie Marktwirtschaft mit Hilfe der ja jetzt zu nie vorhergesehener Mächtigkeit entwickelten Technik das Ganze wieder in die Reihe bringt.“ (Seite 29.)

Ein Dr. Herbert Stegemann — für dessen Erziehung das deutsche Volk also allerhand Geld aufgewandt

hat! — entblödet sich nicht, den bereits eingangs zitierten Leitartikel der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ folgendermaßen zu schließen: „Das Buch . . . schafft Klarheit und Einsicht, und unwillkürlich entsinnt man sich beim Lesen des Wortes, das Goethe von Kants Schriften gebraucht hat, man habe dabei das Gefühl, in ein helles Zimmer zu treten.“

Kant kann durch einen solchen Schreiber ja nicht geschändet werden. Wir gestehen aber, daß wir uns schämen, zur gleichen Gattung zu gehören wie zweibeinige Wesen mit solchen Vorstellungen von Sauberkeit und Heiligkeit.

Hellmut Rauschenplat.

### Wie Kapital in Wirklichkeit entsteht.

Der größte Teil des Grund und Bodens von London gehört Lords, die ihn auf 99 Jahre verpachtet haben; nach dieser Zeit fallen ihnen die Gebäude zu, die auf dem Boden stehen. Im „Evening Standard“, einem Londoner Abendblatt, schrieb Ende 1932 ein Mitarbeiter über die Gewinne, die diesen Lords demnächst zufallen werden:

„Die 99-Jahr-Pachten gehen dem Ende zu, das Land fällt den Landlords wieder zu, und der größere Teil vom Westen und Südwesten Londons ist unterdessen neu aufgebaut! Die Landlords, denen Land und Fabriken zufallen, werden in ein oder zwei Jahren so fabelhaft reich sein, daß ihnen eine sozialistische Regierung, die ich als Gefahr drohen sehe, die Hälfte ihres Reichtums nehmen wird.“

Nehmen wir zum Beispiel Covent Garden (einen Stadtteil Londons, in dem die großen Markthallen stehen und Großhandelsfirmen ihre Lagerhäuser haben). Der Herzog von Bedford verkaufte diesen Stadtteil vor einigen Jahren an ein Syndikat, und er wurde jetzt weiterverkauft. Der jährliche Reingewinn ist mit 199 000 Pfund (nach heutigem Kurs: rund 3 Millionen Mark) festgestellt worden; und das war nur ein Bruchteil des Grund und Bodens, der diesem Herzog gehört! Ich halte es nicht für eine Uebertreibung, zu sagen, daß binnen wenigen Jahren die Einkommen der großen städtischen Landlords sich vervierfacht oder verfünffacht haben werden; zu ihnen gehören übrigens der Stadtrat von London, Kirchenbehörden und die Krone. Das, so meine ich, ist sozial und politisch gefährlich.“